

Leiter der KMK, an die in Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren sowie die Mitglieder der Amtschefkonferenz der KMK unsere Bereitschaft zur Beratung angeboten sowie auf zentrale für uns wichtige Orientierungen hingewiesen. Noch ist die Resonanz gering. Immerhin hat Frau Dr. Hubig, KMK-Präsidentin 2020, reagiert und uns dabei auf die Arbeit der neu einzurichtenden wissenschaftlichen Kommission verwiesen. Wir werden am Ball bleiben und auch das Gespräch mit der neuen KMK-Präsidentin suchen, die in einem Interview in der Sen-

dung „Berlin direkt“ am 17.1.21 ihre Bereitschaft zu einem solchen Gespräch geäußert hat. Sie sagte, „wir stellen uns gerne der öffentlichen Kritik. Wir freuen uns auf den Dialog.“

Genauso wichtig wird es sein, in den einzelnen Bundesländern das Gespräch mit den dortigen Verantwortlichen zu suchen. Hier setzen wir auf die Arbeit unserer Landesverbände.

Alle hier angesprochenen Unterlagen zur KMK-Ländervereinbarung befinden sich auf unserer Homepage.



100 Jahre Schulreform in Deutschland...

Gerd-Ulrich Franz

„Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ war 2016 das Thema des gemeinsamen Kongresses in Frankfurt und ist seitdem Name und Auftrag eines kontinuierlich arbeitenden Bündnisses.

An diesem **Bündnis** beteiligen sich folgende Organisationen: die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Grundschulverband (GSV), die Aktion Humane Schule (AHS), das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Verein „Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion“ (PogA) sowie die GGG, die ich hier vertrete.

Covid-19 wirft Planung um

Für das letzte Jahr hatten wir in Berlin eine große Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums der Reichsschulkonferenz (RSK) von 1920 geplant, mit der wir gezielt auf Bundesebene aktive Politiker ansprechen und zur Teilnahme einladen wollten, um mit ihnen die seit 100 Jahren nicht

verwirklichte demokratische Schule zu diskutieren. Das Format, ein „Legislatives Theater“ zu den noch immer virulenten Problemen der Schülerauslese und des Bruchs nach der Grundschule, sollte anhand historischer Zitate und heutiger Argumente die Zuschauer bei der Suche nach Lösungen aktiv einbeziehen. Das Stück ist geschrieben, seine Aufführung musste aber erstmal in den Herbst 2021 verschoben werden.

Schulreform - die (un-)endliche Geschichte?!

Einstweilen haben wir uns darum auf die Herausgabe einer Broschüre zum historischen Werden der vielfach steckengebliebenen Schulreformansätze der letzten 100 Jahre konzentriert. Marianne Demmer, ehemals Vorstand Schule der GEW, hat als Autorin unseres Heftes Nr. 7 unter dem Titel „1920 - 2020 Schulreform in Deutschland – Eine (un)endliche Geschichte?!“ die historischen Etappen, Akteure und Argumente zusammengetragen. Sie legt eindrucksvoll dar, wie der „Weimarer Schulkompromiss“ bis heute in den schulgesetzlichen Regelungen nachwirkt,

wie der lange Schatten der RSK die schulreformerischen Bemühungen bis heute beeinflusst hat. Frappierend ist – wenn auch nicht wirklich verwunderlich – wie wenig sich die Argumente für oder gegen das gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule unterscheiden. Die „Einheitsschule“ meinte zunächst schlicht „einheitlich“ für ganz Deutschland, mutierte aber schon damals zum Kampfbegriff und Vorwurf der „Gleichmacherei“. Ihre umfangreichen Recherchen und detaillierten historischen und aktuellen Zitate lassen diesen K(r)ampf auch bei allen Folgeetappen lebendig werden: nach dem Zweiten Weltkrieg die Restauration der Ständeschule im Westen, dagegen die Einheitsschule im Osten. Ende der 60er Jahre in allen Westländern gestartet, wurden die Gesamtschulversuche schon Mitte der 70er Jahre politisch massiv ausgebremst. Auch nach der Wende 1989 verstrich die Gelegenheit ungenutzt, eine gemeinsame Schule für alle Kinder in ganz Deutschland einzuführen.

Marianne Demmer zeigt auf, wie Auslese als zentrales Wirkprinzip des Schulwesens bis heute eine inklusive Schule für die Demokratie in Deutschland verhindert. Sonderung wird von Philologen wie Sonderpädagogen bis heute mit Vehemenz politisch vertreten und verteidigt. Deren Verbände finden bis heute stets offene Ohren bei der Politik und werden von Entscheidungsträgern gerne zur Legitimation der Nichtänderung der Strukturen herangezogen.

Im Schlusskapitel geht Demmer noch einmal auf die mangelnden Erfolge der Reformansätze ein, formuliert Perspektiven und notwendige Entscheidungen. Als ein zentrales Problem benennt sie die mangelnde Kooperation der reformerischen Kräfte. Daran anknüpfend formuliert das Bündnis als Herausgeber in seinem Nachwort die notwendigen Schritte hin zur inklusiven Schule für die Demokratie. Dafür machen wir uns gemeinsam stark und werden um weitere Partner und Unterstützer in Politik und Gesellschaft werben.

Die 172 seitige Broschüre von Marianne Demmer kann bei der Geschäftsstelle gegen einen Unkostenbeitrag von 5 € bestellt werden. geschaeftsstelle@ggg-web.de

